

N O T I Z E N

aus der 77. Sitzung des Bundesrates vom 28. November 1967

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Bonvin
Abwesend: Hr. von Moos (dienstlich)
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Beginn: 9 Uhr Schluss: 12 Uhr 10

Schriftliche AnträgePolitisches Departement

Hilfe an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, Botschaft
Herr Spühler will dafür sorgen, dass ein etwas weniger pathetischer Stil angewendet wird.

Verleihung des Botschaftertitels an Chefbeamte

Es wird beschlossen, dass Herr Schaffner und Herr Spühler die Angelegenheit zusammen besprechen und eine Einigung suchen sollen. Nur wenn das nicht möglich ist, soll man die Sache dem Bundesrat vorlegen

Beitrag des Bundes an die Aktion des IKRK in Nigeria

Dieses nicht auf der Traktandenliste stehende Geschäft wird antragsgemäss erledigt. Herr Spühler hat sich gefragt, ob man nicht mehr tun könne? Nachdem aber die ganze Welt von diesen Vorgängen Kenntnis nimmt, ohne zu reagieren, bleibe noch dieser Ausweg.

Wahl von Botschafter Long als Sekretär des GATT (nicht auf der Traktandenliste vermerktes Geschäft).

Herr Schaffner orientiert den Rat über die Vorgeschichte der Wahl des Generalsekretärs des GATT. Nachdem die Kandidaturen Jolles und Weitnauer sich als praktisch realisierbar erwiesen, sei dann der Name Long gefallen. Herr Schaffner habe erklärt, dass wir auf unsern Botschafter in London nicht verzichten können. Es sei die Frage der Kandidatur Sonnenfeld (Schweden), aufgeworfen worden. In einem vertraulichen Gespräch habe dann Wight erklärt, dass Sonnenfeld nicht akzeptiert werde und dass auch ein Amerikaner nicht in Frage komme, ebenso kein EWG-Mann, kein Franzose und kein Inder. Nun sei wieder Long erwähnt worden und man habe auf dieser Kandidatur insistiert. Herr Schaffner schildert dann die Schwierigkeiten, mit Herrn Long in Kontakt zu kommen. Herr Schaffner habe erklärt, er könne das allein nicht entscheiden und habe sich mit Herrn Spühler in Verbindung gesetzt.



Herr Long seinerseits habe erklärt, er marschiere nur, wenn ein einstimmiger Bundesratsbeschluss das verlange. Schliesslich sei Long einstimmig gewählt worden mit Akklamation. Das könne man nicht mehr rückgängig machen. Der Sprechende verstehe sehr wohl die unangenehmen Gefühle von Herrn Spühler. Auf der andern Seite sei es doch sehr erfreulich, dass sich bei dieser Gelegenheit gezeigt habe, dass das "Image" der Schweiz intakt geblieben sei. Herr Schaffner habe alles getan für eine andere Lösung, um unsern Botschafter in London nicht opfern zu müssen. Das sei einfach nicht gegangen.

Herr Spühler bemerkt, dass man schon aus dem Protokoll ersehen könne, dass er gar nicht zufrieden war, dass man ihm diesen guten Mann wegnimmt. Andere hätten mehr Kenntnisse vom GATT gehabt als er und andererseits ist er sehr schwer als Diplomat in London zu ersetzen. Es sei nun klar, dass es nicht mehr anders gehe. Die Schwierigkeit ist die Frage der Nachfolge. Long wünsche vom Bundesrat, dass man ein Communiqué herausgebe und ihm selber die Order erteilt, diesen Posten anzunehmen. Es sei nötig, mit dem GATT über die Anstellungsbedingungen zu verhandeln. Long möchte das nicht selbst tun. Auf alle Fälle sollte Long nicht sofort seinen Posten in London verlassen müssen.

Beschluss: Der Entwurf eines Communiqués wird genehmigt. Der Herr Bundespräsident ist erstaunt, dass diese Wahl nicht besser vorbereitet wurde. Herr Schaffner weist darauf hin, dass Wahlen im GATT eine schwierige Sache seien.

Departement des Innern

Hochschulförderung, Botschaft

Herr Tschudi ist dankbar, wenn der Rat die Botschaft heute akzeptiert, weil er am Freitag der Einweihung des Bernardintunnels beiwohnen muss. Es bestehen keine Differenzen. Man könne alle Vorschläge des EVD übernehmen. Der Standpunkt des JPD sei rechtlich der stärkere, man habe trotzdem wegen des Vernehmlassungsverfahrens die andere Lösung gewählt. Der Bundesrat müsse entscheiden.

Herr Schaffner hat einzig Bedenken wegen der Erklärung auf S. 85, wo auf die Ungewissheit der Deckung der finanziellen Lasten hingewiesen wird. Er mache darauf aufmerksam, dass Nationalrat Weber erklärt habe, dass er nicht für eine Verlängerung sei, wenn man nicht für eine spezielle Deckung Sorge.

Der Herr Bundespräsident führt aus, dass das FZD ebenfalls gesucht habe, eine Finanzquelle zu finden. Wenn man bestimmte Finanzquellen für bestimmte Aufgaben reserviert, könne das auch zu Schwierigkeiten führen. Die Ausführungen auf S. 85 entsprechen den Gedankengängen des FZD.

Herr Gnägi hat die Vorlage mit Professor Hochstrasser besprochen. Dieser habe erklärt, dass die Koordination wichtig sei. Das Genehmigungsverfahren solle nicht gestrichen werden. Was die finanzielle Deckung betreffe, habe er das gleiche Empfinden wie Herr Schaffner. Man sollte die Frage aufwerfen, ob man nicht für die ganze Infrastruktur mehr Einnahmen schaffen sollte,

statt nur für die Hochschulen. Der Sprechende betont nochmals die grosse Wichtigkeit der Koordination, nach Professor Hochstrasser eines der schwierigsten Probleme.

Herr Spühler stellt fest, dass sich aus der Diskussion ergeben habe, dass die Koordination einer der wichtigsten Punkte sei. Vorgeschlagen werde aber nur ein Minimum an Koordination. Diese werde zustande gebracht durch die Hochschulkonferenzen. Dies seien aber Interessevertreter und es frägt sich, ob durch das Widerspiel der Interessen die Koordination genügend sichergestellt wird? Eine Korrektur bringe die Plafonierung. Die Zusammensetzung von Interessierten und ~~dem Forschungsrat, dem~~ ^{den Vertretern des Bundes, denen} man nur beratende Stimme gebe, biete wenig Gewähr. Auch wenn man den ~~Mitgliedern~~ ^{Vertretern} des ~~Forschungsrates~~ ^{Bundesrates} das Stimmrecht geben würde, wären sie in der Minderheit. Die Hochschulkantone werden verpflichtet Gesetze zu erlassen, die vom Bundesrat zu genehmigen sind. Das gibt eine Garantie dafür, dass die Mittel im Sinne der Zusammenarbeit angewendet werden.

Es gebe staatliche Aufgaben, die man durchführen müsse, bevor man den Weg der Finanzierung kenne.

Herr Celio erklärt, dass die Botschaft unbestritten sei. Von der Förderung der kantonalen Hochschulen hänge die Zukunft der Schweiz ab. Im Vordergrund der Koordination ist das Problem der Finanzierung. Er habe den Eindruck, dass man sich bald wieder mit der Finanzordnung befassen müsse. Das sei wichtig für alle grossen Objekte. Bei Artikel 22 könne man verschiedener Ansicht sein. Soll die Koordination verwirklicht werden durch den finanziellen Einfluss oder will man durch Genehmigung der Einführungsbestimmungen, unabhängig von der Finanzierung, Einfluss nehmen? Mit der Genehmigung der Einführungserlasse, habe man noch keine Handhabe für die Fälle, in denen die Pläne eines Kantons mit denjenigen eines andern Kantons kollidieren. Bei einer Begegnung mit Regierungsrat König habe dieser erklärt, der Bund wolle jetzt schon den Föderalismus treffen. Der Sprechende habe darauf erklärt, Zürich brauche nur auf die Subvention zu verzichten, um diese Gefahr zu bannen. Wie stellt sich Herr Tschudi die Einwirkung des Bundes vor?

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass im Hinblick auf die Finanzen ein Vorentwurf vorliege, der den Beschlüssen vom "Lohn" Rechnung trage.

Herr Tschudi teilt die in der Diskussion vertretene Auffassung, dass die Hauptpunkte die Frage der Finanzierung und das Problem der Koordination der Hochschulen sind. Die Ausführungen über die Finanzierung stammen vom FZD. Die auf diesen Seiten genannten Ziffern seien in der Finanzplanung der nächsten Jahre vorgesehen. Eine blosser Verlängerung der bisherigen Lösung würde in dieser Hinsicht nicht viel ändern. Dagegen habe der Bund jetzt mehr Einfluss auf die Verwendung der Mittel. Wichtig sei, dass die Vorschläge nicht sehr populär seien. Der Sprechende fürchte, dass bei einer Volksabstimmung die Landwirtschaft und die Arbeiterschaft dagegen sein werden. Damit müsse man rechnen.

Die Koordination sei das schwierigste Problem, weil man das gesteckte Ziel unter Respektierung der Autonomie der Kantone und der Universitäten erreichen müsse. Herr König sei gegen jede

Bundeskoordination. Der Schlüssel für die Lösung liege in den Bundesbeiträgen. Die Zuteilung werde schwierige Diskussionen geben wie bei den Nationalstrassen. In der ersten Runde werde man noch nicht viel Schwierigkeiten haben. Eine weitere Koordinationsmöglichkeit sei die Gleichberechtigung der Examina. Auf die Gestaltung des Unterrichts wird der Bund nicht zu viel Einfluss haben. Er wird aber jemanden an die Hochschulkonferenz delegieren. Die dritte Einflussmöglichkeit liege in der Genehmigung der Gesetze. So wird die Koordination auf verschiedenen Ebenen verstärkt. Es ist schwer zu sagen, wie sie spielen wird. Sämtliche welschen Erziehungsdirektionen seien dafür. Der Widerstand zeige sich in Zürich und Basel. Die Vorschläge dürften das Mittelmaß halten. Der Sprechende sei überzeugt, dass uns das Parlament hier folgen werde.

In diesem Zusammenhang gibt der Sprechende Kenntnis, dass Herr Professor von Muralt auf Ende März seinen Rücktritt als Präsident des Forschungsrates erklärt hat. Als Grund gibt er an, eine Forschung, die er vor etwa 20 Jahren begonnen hatte, wieder aufzunehmen, nachdem inzwischen in England auf diesem Gebiete wichtige Ergebnisse erzielt werden konnten. Die Frage der Nachfolge sei sehr wichtig. Es handle sich um eine Schlüsselposition der Wissenschaftspolitik.

Herr Schaffner bemerkt zum Widerstand des Gewerbes und der Landwirtschaft, dass wir in der beruflichen Ausbildung und in der Ausbildung der Landwirtschaft erhebliches leisten. Diese Kreise dürfen uns nicht sagen, dass wir nur für Akademiker Interesse hätten.

Herr Spühler wiederholt den Wunsch nach Auskunft über die Frage der beratenden Stimme der Bundesvertreter.

Herr Tschudi stellt fest, dass nach dem Konzept der Botschaft die Hochschulkonferenz das Organ der Hochschulkantone sei, die aus eigener Verantwortung arbeiten sollen. Der Sprechende müsse zugeben, dass die Frage des Stimmrechts eine grosse Rolle spiele. Hier gebe es ganz verschiedene Lösungen. Er könne hier Herrn Spühler gerne noch nähere Aufschlüsse geben.

Beschluss: Die Frage der Genehmigung wird im Sinne des Antrages des EDI akzeptiert. Herr Tschudi soll in der Angelegenheit noch mit Herrn von Moos Rücksprache nehmen.

Volkswirtschaftsdepartement

7. Session des Rates der OECD

Herr Schaffner stellt fest, dass es sich um ein unangenehmes Problem mit den Entwicklungsländern handle.

Herr Spühler stimmt diesem nicht auf der Traktandenliste stehenden Geschäft zu.

Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement

Nutzbarmachung der Wasserkräfte, Revision des BG - Steuer-
ausgleich bei Werken des Bundes

Herr Gnägi erklärt, dass es nur um den Eventualantrag gehe. Er werde diesen nur dann austeilen, wenn ein Minderheitsantrag gestellt werden sollte. Es handle sich also um eine Reserve für alle Fälle.

Neues Arbeitsprogramm des Eidg. Institutes für Reaktorforschung
und Zusammenarbeit mit der Gulf General Atomic

Herr Schaffner hat Mühe, das zu verstehen. Er glaube nicht, dass der Gulf die richtige Adresse sei. Er werde sich deshalb der Stimme enthalten.

Herr Gnägi erklärt sich mit den Ausführungen der Mitberichte einverstanden. Es gehe um zwei Dinge. Die EIR müsse einen neuen Auftrag erhalten. Für die Jahre 1969 und 1970 werde man dann wieder diskutieren müssen. Er glaube, dass man dem Programm zustimmen könne. Man hätte verlangt, dass die Industrie ihr Einverständnis und ihre Unterstützung gebe. Am 6. November habe er die Herren Sulzer und Schmidheiny getroffen, die erklärt hätten, dass die Zusammenarbeit mit den Industrieunternehmungen eingeleitet sei. Man dürfe also damit rechnen, dass die Industrieunternehmungen das Programm der EIR unterstützen. Sobald es sich um Geldleistungen handelt, müsse man mit ihnen reden. Gulf habe eine Equipe aufgenommen, mit ausgezeichneten Spezialisten der Brüterfrage. Hier wäre das Material ungeschmälert vorhanden. Sontheim und Auer hätten zugegeben, dass diese Equipe ausgezeichnet ausgewählt sei. Die Arbeit des Gulf wird von diesem selbst finanziert. Für nächstes Jahr müsse man mit keinen Ueberraschungen rechnen. Man müsse die Frage 1969 wieder prüfen.

Herr Tschudi unterstreicht, dass man wieder ein Programm für ein Jahr habe. Das EIR übernehme keine Mehraufgaben. Es bleibe alles im Rahmen des bisherigen Budgets. In diesem Sinne sei das Programm akzeptabel. Das Unangenehme ist natürlich, dass man nicht weiss, was nach 1969 gehen soll. Beim EIR sei man abhängig von dem, was die Industrie will. Nur für die Ausbildung allein rentiere sich der Aufwand nicht. Man lebe etwas von einem Jahr auf das andere. Das Programm für das nächste Jahr sei zweckmässig.

Herr Celio bestätigt ebenfalls, dass das Institut Forschung nur treiben könne, wenn die Industrie mitmache. Wir befinden uns hier auf dem Gebiete des Brüters. Die Engländer hätten solche Reaktoren entwickelt und wollen sie auf den Markt bringen.

Es stellt sich die Frage, wie man Würenlingen brauchen könne. Die Industrie könne keine Brüter entwickeln. Einzig der Gulf habe auf diesem Gebiet gearbeitet und stelle gasgefüllte, schnelle Brüter her. Die Zusammenarbeit mit dem Gulf sei so harmlos, dass es für dieses Jahr nicht schade. Der Gulf wolle einfach Einfluss in der Frage der Lieferung von Atomenergie haben, für den Fall dass die Oelzufuhr zurückgeht. Wegen der Atomkraftwerke ist in Amerika der Oelkonsum rückläufig. Obwohl er zustimme, sei er skeptisch, ob viel heraus schauen werde. Die beiden Industrien, die zusammen arbeiten müssten, seien Sulzer und Brown Boveri. Für Brown Boveri komme aber eine solche Zusammenarbeit nur in grösserem Zusammenhang in Frage. Der Sprechende glaube nicht, dass sie miteinander Brüter entwickeln werden. Wenn sich auf europäischem Gebiete nicht etwas abzeichnet, sollte man Würenlingen

einschränken.

Dem geplanten Plutoniumprogramm könne man zustimmen. Er habe etwas Bedenken, weil er gelesen habe, dass man in Lucens Aenderungen projektiere, um Plutoniumversuche machen zu können. Die Amerikaner wollen die erste Reaktorengeneration verkaufen, bevor sie die dritte auf den Markt bringen. Obwohl nur Studien vorgesehen seien, müsse man vorsichtig sein, bevor man Kredite für Lucens herausgebe.

Herr Gnägi hatte eine Besprechung mit Seippel und De. Haller. Diese sind erstaunt über die Inangriffnahme des Natriumbrüters. Er sei überrascht, dass England ein solches Werk haben soll.

Was die Zusammenarbeit betrifft, habe Schmidheiny erklärt, dass diese allen notwendig erscheint. Inbezug auf das Programm sei er der Meinung, dass man in Lucens nicht irgend etwas ändern kann und dass man sich hier nicht engagieren darf. Wenn das neue Programm nichts ergibt, dann wird Lucens in 2 Jahren geschlossen. Es ist äusserst schwer und bemühend, dass wir wieder von der Hand in den Mund leben müssen. Wir müssen einmal einen Strich ziehen und uns auf das beschränken, was wir wirklich machen können.

Finanz- und Zolldepartement

Begehren des Bundespersonals für die Reallohnverbesserung

Der Antrag des FZD geht dahin, auf der Basis des Berichtes verhandeln zu dürfen. Das EVD hat verschiedene Vorbehalte angebracht. Der Herr Bundespräsident erläutert die Vorlage.

Herr Gnägi führt aus, dass er keinen schriftlichen Mitbericht mehr machen könnte. Der Bericht des Personalamtes sei sehr interessant, man sei aber etwas weit gegangen (vergleiche S. 13). 7 % seien zu viel. SBB und PTT möchten bei 5 % bleiben. Er könne dem Antrag zustimmen mit 5 % als Position, die solange wie möglich gelten soll. Der Sprechende fragt, was mit der Treueprämie gehe? Diese sollte in der Dienstalterszulage gemeinsam behandelt werden. Bei der Sozialzulage sollte man nicht über den Teuerungsausgleich hinausgehen. Die Versicherung sollte mit der AHV-Revision zusammen behandelt werden. In der ersten Besprechung soll man sich also auf die Reallohn-erhöhung beschränken.

Der Herr Bundespräsident teilt diese Auffassung.

Herr Schaffner hat einen interessanten Brief von Herrn Stopper erhalten, der das Problem in den Gesamtzusammenhang der Konjunkturprobleme stelle. Er würde der Auffassung von Herrn Gnägi zustimmen. Man dürfe nicht nochmals mit einer Erhöhung der Tarife kommen. Es sollte nicht weiter gegangen werden und man sollte erklären, dass man durch Rationalisierung den Ausgleich suchen werde. Die Pfundabwertung wirke sich sehr unangenehm aus. Trotz der inflatorischen Wirkung könnte der Sprechende noch einen Satz von 5 % unterstützen. Wenn man es mit dem Personal gut meine, dürfe man keine Vorlage bringen, die einen heftigen Referendumskampf auslöse.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass man immer Sorge getragen habe für die Anpassung der Besoldung an die Wachstumsentwicklung des Volkseinkommens. Das Personal beziehe sich zur Begründung seiner Ansprüche auf unsere eigene Statistik.

Herr Celio glaubt nicht, dass man über 5 % hinausgehen könne. Eine Realloohnerhöhung sei bei der Privatwirtschaft leichter zu tragen. Diese sei aber keinesfalls eine gleichmässige. Sehr oft erfolge eine Verteilung nach der Leistung. Bei den Banken beispielsweise habe man Zulagen gegeben, von denen die Hälfte gleichmässig und die andere Hälfte individuell verteilt wurde. Dies entspreche etwa unserer Aemterklassifikation. Der Sprechende wisse nicht, ob die jährlichen Erhöhungen bei uns als Realloohnerhöhungen betrachtet werden können. Wir dürfen nicht übertreiben und soweit gehen, dass es zu Tariferhöhungen kommt. Wenn der Index steigt, leisten wir den Leuten einen schlechten Dienst. Die Treueprämien sind eine Einrichtung der Privatwirtschaft. Sie stammen zum Teil vom Kraftwerkbau. Dort ging es darum, die Ingenieure bis zum Abschluss des Werkes behalten zu können. Bei der Bundesverwaltung sei es besser, weiterhin mit Dienstalterszulagen zu operieren.

Herr Spühler kann nicht recht glauben, dass man mit 5 % durchkommen werde. Er habe aber nichts dagegen, damit in die Verhandlungen zu gehen. Er sei kein Freund der Treueprämien. Eine verstärkte Treueprämie sei der 13. Monatslohn. In der Privatwirtschaft habe man statt der Treueprämie auch die Gratifikation, die sich je nach dem Geschäftsergebnis wandelt.

Herr Tschudi weist darauf hin, dass es am Schlusse heisse, die Besoldung der Chefbeamten werde um mehr als 5 % verbessert. Er wisse nicht, ob damit unsere Delegation einen guten Boden haben werde. Er stelle keinen Gegenantrag, glaube aber, dass das politisch Schwierigkeiten bringen wird. Man komme nicht um schematische Lösungen herum.

Herr Schaffner unterstützt diese Auffassung. Bei der Gleichstellung der Handwerker haben die höheren Beamten auch Verbesserungen bekommen. Eine Bevorzugung würde bedeuten, dass man Oel ins Feuer giesse. Die Wahlen hätten gezeigt, dass das Problem Nr. 1 für das Schweizervolk die Teuerung sei. Wir müssen uns also alle Mühe geben, dass wir nicht über die Dienstleistungen eine neue Teuerung bekommen.

Der Herr Bundespräsident regt an, wieder einmal alle Sozialpartner zusammenzunehmen.

Herr Schaffner erklärt, die Arbeitnehmerschaft sei nicht bereit irgendwelche Stillhalteabkommen zu unterzeichnen.

Herr Gnägi stellt fest, dass die Begehren des Personals die PTT 90 Mio Franken kosten werden. Wo soll man das hernehmen. Für nächstes Jahr sei es noch möglich. Im übernächsten Jahr werden dadurch die Ueberschüsse der Rechnung "aufgefressen". Auch bei 5 % der Erhöhung müssen die SBB-Tarife hinauf. Die SBB habe einen Ueberschuss von 2,7 Mio veranschlagt. Ob nächstes Jahr ein Ausgleich möglich ist, sei nicht sicher. Wenn diese Begehren erfüllt werden, mache das 45 Mio Franken. Jede Realloohnerhöhung bringe den SBB ein Defizit.

Herr Schaffner bemerkt, wenn man das erkläre, sei jede Vorlage gefährdet.

Beschluss: Die Delegation geht mit dem Vorschlag einer 5%igen Realloohnerhöhung in die Verhandlungen mit dem Personal.

A u s s p r a c h e

Reorganisation der Bundeskanzlei

Die Mitglieder des Rates haben erhalten:

Das Protokoll der Sitzung der Fraktionspräsidentenkonferenz vom 24. November,
den Entwurf für ein Pflichtenheft des neuen Bundeskanzlers, eine Erklärung über die Rolle, die Kanzler und Vizekanzler im Parlament zu spielen hätten,
eine Erklärung über die vorläufige Stellungnahme des Bundesrates im Hinblick auf die Motion der Fraktionspräsidenten.

Der Herr Bundespräsident erklärt, die Presse behaupte, man habe absichtlich alles verzögert. Die Fraktionspräsidenten wünschen, dass ihnen der Bundesrat über die drei oben erwähnten Punkte so rechtzeitig Aufschluss geben, dass sie am Montag dazu Stellung nehmen können.

Die Funktion des Bundeskanzlers sei in der Verfassung geregelt. Die Fraktionspräsidenten möchten die Auskunft wahrscheinlich deshalb, weil gewisse Kandidaten wissen möchten, welche Stellung sie beim Bundesrat einnehmen werden. Man könne den Entwurf eines Pflichtenheftes weiter geben mit der Erklärung, dass man diesem Vorschlage zustimme.

Herr Tschudi stellt fest, dass die Postulate eine Aufwertung der Bundeskanzlei wollten. Nun schreckt man offenbar von dem Erfolg zurück, den man selber wollte. Wir müssen aber weiterfahren, wie wir begonnen haben. Der Sprechende ist einverstanden, dass man den Pflichtenheftentwurf überweist. Was die Vertretung in den eidg. Räten betrifft, wüsste er auch nicht, was man mehr erklären könnte, als dass wir bereit sind, darüber zu diskutieren.

Herr Spühler stellt fest, dass das Protokoll der Fraktionspräsidentenkonferenz einen zwiespältigen Eindruck mache. Die grösste Sorge schein^{des Nationalrates} darin zu liegen, dass der Präsident den Bundeskanzler nicht mehr habe. Der Bundesrat wünsche eine Aufwertung der Bundeskanzlei, sowie ihn der Bericht Hongler verlange. Da haben wir keinen Grund, davon abzuweichen. Wir müssen den Fraktionspräsidenten das Pflichtenheft vorlegen. Was die Protokollführung von Bundeskanzler und Vizekanzler betrifft, so müssen diese vorläufig beim Parlament bleiben.

Herr Schaffner erklärt in aller Eile, er sei mit dem Vorschlag Spühler einverstanden. Man müsse möglichst schnell das Pflichtenheft schicken. Der Bericht von Herrn Tschudi über

- 9 -

das Expertengutachten sei sehr generös. Was ein Kanzler zu tun habe, stehe in der Bundesverfassung. Den Uebermenschen, wie ihn die Expertenkommission sehe, gebe es nicht.

Herr Gnägi stellt fest, dass bei den Fraktionspräsidenten noch einige Herren dabei sind, mit den Erfahrungen der Miragekommission. Bei der Motion der Fraktionspräsidenten liege die Schwierigkeit in Artikel 105 der BV. Wir müssen erklären, dass wir die Motion Konzett annehmen. Die Verbindung mit der Bundesversammlung müsse aber spielen. Wir sollten sagen, der Bundeskanzler ist und bleibt der Chef. Sein praktisch erster Stellvertreter sei der Generalsekretär der Bundesversammlung.

Herr Celio stellt mit Bezug auf die Motion Konzett fest, dass man offenbar plötzlich entdeckt habe, die Gewaltentrennung sei nicht respektiert. Es sei fraglich, ob man eine provisorische Lösung prüfen könne, die nicht verfassungswidrig sei. Eine gewisse Verbindung zwischen dem "Sekretariat des Bundesrates und dem Sekretariat der Bundesversammlung" sei nötig. Alles das hat mit der Reorganisation der Bundeskanzlei gar nichts zu tun. Man kann aber das Pflichtenheft weitergeben. Die Funktion der Protokollführung und der Uebersetzung sei wirklich nicht so wichtig, dass man deswegen Bundeskanzler und Vizekanzler dem Parlament abgeben müsste. Man muss aber über die Frage reden.

Es wird beschlossen, die Unterlagen der heutigen Diskussion anzupassen und das Ganze mit dem Entwurf eines Begleitschreibens an die Fraktionen den Mitgliedern auszuteilen. Aenderungsanträge müssten der Bundeskanzlei unterbreitet werden.

Präsidialvorbringen

Folgen der Pfundabwertung

Der Herr Bundespräsident orientiert den Rat vertraulich über die Folgen der Pfundabwertung.

* * *